



Interviews

FDP zieht mit Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann in Europawahlkampf
Jasper Barenberg im Interview mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann

"Informationen am Morgen", 29.1.2024, 7:15 Uhr

Jasper Barenberg: Mit 90 Prozent der Stimmen ist Marie-Agnes Strack-Zimmermann zur Spitzenkandidatin der FDP gewählt worden. Jetzt ist sie am Telefon. Schönen guten Morgen.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann: Guten Morgen!

Barenberg: Sie sind Vorsitzende im Verteidigungsausschuss des Bundestages, ein Amt mit politischem Gewicht, mit viel Einfluss. Warum wollen Sie das aufgeben?

Strack-Zimmermann: Ich gebe nichts auf, sondern ich habe gerade in den letzten zweieinhalb Jahren, noch bevor ich Vorsitzende wurde, viel Kontakt zu Außenpolitikern, Verteidigungspolitikern – heute besuchen mich die Franzosen -, und mir ist immer klarer geworden, dass das Thema Sicherheit nur gemeinsam in Europa gelöst werden kann. Das heißt: Was immer wir auch in Deutschland machen, natürlich immer in Relation zu den anderen Ländern von unserer Wirtschaftskraft her, wird nur ein Schuh daraus, wenn wir an einem Strang ziehen. Deswegen finde ich es sehr spannend, dieses Thema Außen-, aber auch innere Sicherheit voranzutragen.

Ihr Kommentar gerade – ich musste gerade schmunzeln. Dass ich mich auch in andere Themen einarbeite, ist, glaube ich, richtig und logisch, aber ich habe Kolleginnen und Kollegen – das ist ja keine One Woman Show -, die große Expertise in bestimmten Bereichen haben und die das dann auch entsprechend einbringen werden.

Barenberg: Aber kompliziert ist Brüssel, das wissen wir alle.

Strack-Zimmermann: Ja, kompliziert ist Brüssel. Aber was ist nicht kompliziert? – Wir sehen ja in den letzten zwei Jahren, trotz des russischen Angriffskrieges, wie schwierig sich auch

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

die Bundesregierung tut, auf der einen Seite Ukraine unterstützen zu wollen und auf der anderen Seite dann im Kanzleramt auf Granit zu beißen. Insofern ja, Brüssel ist kompliziert. Ich habe allerdings in den letzten Wochen mich vor allen Dingen mit den Renew, den Liberalen Europas getroffen, und die Einschätzung übrigens nicht nur bei den Liberalen, auch bei den Sozialdemokraten, Christdemokraten, Grünen ist eindeutig: Europa muss sich sicherheitspolitisch komplett neu erfinden, und das wird eine gemeinsame Aufgabe sein, natürlich aller Demokraten.

Barenberg: Ihre kräftige Unterstützung für die Ukraine ist bekannt, ich denke auch im Kanzleramt. So mancher wird vielleicht dort eher erleichtert sein, dass Sie gehen. Sie haben gesagt, Sie geben nichts auf, aber diesen Einfluss, der Ihnen ja erkennbar wichtig war und wichtig ist, den geben Sie dann doch auf.

Strack-Zimmermann: Ich glaube das nicht. Erstens wird dann ein Kollege diese Aufgabe übernehmen. Zweitens bin ich weiter im Präsidium der Partei. Ich glaube – und ich glaube, das ist von hoher Relevanz -, es liegt ja auch daran, wenn ich das so sagen darf – Sie können mich auch als Europapolitikerin gerne immer einladen -, dass das, was in Europa passiert, losgelöst von Sicherheit, 50 Prozent der Gesetze kommen aus Europa, relativ wichtig wäre, Ihren Zuhörerinnen und Zuhörern auch das vorzustellen, indem man Europapolitiker zu Wort kommen lässt. Es kann sein, dass der Kanzler mich wählt, damit ich schneller weg bin. Das ändert aber nichts daran, dass ich mich auch von Brüssel, von Straßburg aus diesbezüglich melde, und Sie werden erleben, angesichts der Komplexität der Sicherheit, dass das auch von großer Wichtigkeit ist, und ich werde nicht eher ruhen, bis ich das Gefühl habe, dass wir endlich das machen, was wir machen müssen, diesen Kontinent zu schützen.

Barenberg: Im Zusammenhang mit der Unterstützung für die Ukraine haben Sie gestern den Kanzler ein weiteres Mal kritisiert. Sie haben formuliert, in diesem Punkt ist er nicht mein Kanzler. – Kevin Kühnert, der SPD-Generalsekretär, hat sich dazu gestern Abend im ZDF geäußert. Lassen Sie uns das mal gemeinsam anhören:

O-Ton Kevin Kühnert: „Frau Strack-Zimmermann fordert seit zwei Jahren, so ziemlich jede Waffe, die schon mal gebaut wurde, in die Ukraine zu liefern, und übersieht vollkommen, dass Deutschland mittlerweile der zweitgrößte Hilfegeber nach den USA ist. Aber wenn sie sich dazu entscheidet, ihren Wahlkampf für die Europawahl gegen den eigenen Bundeskanzler und die Regierung bestreiten zu wollen, dann kann ich nur sagen, viel Freude damit. Wir werden uns auf dieses Niveau nicht herabgeben.“

Barenberg: Frau Strack-Zimmermann, Deutschland liefert mehr als alle anderen europäischen Partner zusammen. Dafür ist auch der Kanzler verantwortlich. Welche Rolle soll das im Wahlkampf spielen? Wollen Sie einen Wahlkampf gegen die SPD und den Bundeskanzler führen?

Strack-Zimmermann: Nein, mit Sicherheit nicht. Ich habe gestern klar zu verstehen gegeben, dass die Rolle des Bundeskanzlers – ich finde es ein bisschen putzig, dass Herr Kühnert mir erklärt, was Deutschland liefert und was nicht liefert. Wenn wir wirklich jede Waffe, die wir bauen, liefern würden, dann wäre mit Sicherheit die Kriegsentscheidung schon eine andere, das nur am Rande. Darum geht es nicht. Es geht doch darum, dass der Kanzler – und da hat er meine Unterstützung – von einer Zeitenwende gesprochen hat. Wir haben gemeinsam mit dem Finanzminister Christian Lindner 100 Milliarden aufgesetzt, um die Bundeswehr zu stärken. Das ist alles passiert, erst nachdem die neue Regierung an den Start gegangen ist. Wir dürfen ja nicht vergessen, dass Herr Scholz als Finanzminister diesbezüglich gar nichts gemacht hat. Und die Blockade im Bundeskanzleramt – und dafür ist nun mal der Kanzler verantwortlich; wenn Sie mit den anderen Ministerinnen und Ministern sprechen, sehen die das anders – ist, dass für bestimmte Waffensysteme, in diesem Fall die Taurus, seinerzeit kein grünes Licht gegeben wird, warum auch immer. Da ist er einfach schlecht beraten und an der Stelle greife ich ihn an. Das hat aber nichts mit der Komplexität des Europawahlkampfes zu tun und von Niveau zu sprechen finde ich schon bemerkenswert. Es geht in der Ukraine darum – wir hatten gestern auch eine ukrainische Politikerin zu Gast, die noch mal darüber gesprochen hat, was dort passiert. Da wird jeden Tag gemordet, gebrandschatzt, vergewaltigt. Ich glaube, das ist ein Niveau, mit dem wir uns beschäftigen müssen, weil wenn wir uns als Europäer, nicht nur als Deutsche diesbezüglich nicht uneindeutig die Ukraine weiter unterstützen, dann werden wir in Zukunft nicht mehr in Sicherheit leben können, und ich glaube, die Welt von Herrn Kühnert ist in diesem Fall noch eine etwas bunte, vielleicht auch eine etwas naive, aber ich bin da ausgesprochen realistisch.

Barenberg: Bedeutet das in Ihren Augen auch das, was der Kanzler dieser Tage öfter sagt, dass nämlich die anderen europäischen Partner noch mehr tun müssen, viel mehr tun müssen, nachziehen müssen, weil Deutschland im Moment viel alleine trägt und das auf Dauer nicht so bleiben kann?

Strack-Zimmermann: In der Tat! Da bin ich auch bei ihm. Das habe ich auch immer wieder artikuliert. Der Kanzler hat gefordert, dass bis zum 1. Februar alle europäischen Staaten, die Systeme angeboten haben, bis dato nicht in die Pötte gekommen sind, und dass heute zum Beispiel der französische Verteidigungsausschuss bei uns ist, das wird auch ein Thema sein, denn es kann nicht sein, dass, wenn Herr Selenskyj in Deutschland ist, man dann nach außen hin signalisiert, andere Länder, wir helfen, wir stehen an der Seite, und man überlässt es dann Deutschland. Das ist keine bilaterale Frage. Wir liefern 50 Prozent. Das ist sehr viel.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Aber unterm Strich werden wir alle, die europäischen Partner, aber auch wir noch deutlich mehr tun müssen.

Barenberg: Kurz zum Schluss noch, Frau Strack-Zimmermann. Es droht ein Rechtsruck. Die Ampel steht schlecht da, denkbar schlecht in den Umfragen. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Strack-Zimmermann: Einen vernünftigen Wahlkampf machen, die Menschen abholen. Ich bin seit Wochen unterwegs, gerade eigentlich Jung und Alt, Männer und Frauen kommen und hören zu. Ich versuche, die Lage einzuordnen. Es geht in der Tat nicht nur um äußere Sicherheit, es geht auch um innere Sicherheit, was Sie gerade gesagt haben. Was in Brüssel aufgrund dieser bürokratischen Strukturen verpasst wird, all das erklären wir. Mehr kann ich nicht tun. Das werde ich aber tun mit einem tollen Team und die Resonanz und die Aufmerksamkeit ist sehr groß. Man kann immer nur in den Wahlkampf gehen, alles geben; am Ende entscheiden die Wählerinnen und Wähler.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.